

Tag der offenen Tür in neuen Räumen



Unsere Beratungsstelle ist Ende Dezember 2013 in neu erbaute Räume des Spar- und Bauvereins, Austraße 89 in Konstanz eingezogen. Die Büros sind hell und großzügig geschnitten, behindertengerecht, ruhig gelegen und mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar. In der Zwischenzeit blicken wir auf über ein Jahr in den neuen Räumen zurück und stellen fest, dass sie sich sehr bewährt haben. Wir Mitarbeiterinnen fühlen uns hier sehr wohl und auch unsere Klientinnen begrüßen die angenehme Atmosphäre in der Austraße.



Um der Öffentlichkeit unser neues Domizil vorzustellen, haben wir am 22. Juli 2014 einen Tag der Offenen Tür veranstaltet. Das Angebot stieß trotz des unermüdlich herabströmenden Regens auf sehr große Resonanz. Frau Seifried, Leiterin des Sozial- und Jugendamtes Konstanz und Frau Frei, Vorstandsfrau unseres Vereins begrüßten die Anwesenden.



Bei Häppchen und Getränken haben sich zahlreiche Gäste umgesehen und sich über unsere Arbeit informiert und viele Kolleginnen und Kollegen der mit uns vernetzten Institutionen nutzten die Gelegenheit zum Austausch.

Ein herzliches Dankeschön geht an alle, die uns im Jahr 2014 finanziell unterstützt haben, sei es durch Zuschüsse, Bußgeldzuweisungen, Geld- sowie Sachspenden und Stiftungsgelder. Insbesondere die Zuwendungen der Stadt und des Landkreises Konstanz tragen dazu bei, dass die professionelle Arbeit in der Beratungsstelle aufrechterhalten werden kann. Da die Organisation des Vereins wesentlich durch das kontinuierliche ehrenamtliche Engagement der Vorstandsfrauen getragen wird, gebührt vor allem auch ihnen eine große Anerkennung für ihren Einsatz und ihr Engagement.

Aus unserer Arbeit: Spezielle Probleme von Migrantinnen

Im Rahmen des Themas häusliche Gewalt taucht immer wieder, auch in der Zusammenarbeit mit dem Opferschutz der Polizei die Frage auf, warum Frauen mit Migrationshintergrund als Opfer von häuslicher Gewalt (auch trotz vorliegendem Straftatbestand durch den Täter) häufig nicht zur Polizei gehen. In unserer Beratungsstelle wurde versucht, von den vorliegenden Fällen der letzten 20 Jahre die vielschichtigen Ursachen zu eruieren und die unterschiedlichen Beweggründe der betroffenen Frauen darzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die ausschlaggebenden Aspekte der folgenden Darstellung für die jeweils betroffene Frau ganz unterschiedlich zusammensetzen können.

In vielen Herkunftsländern, aus denen die Frauen kommen, herrscht hohe Korruption bei staatlichen Behörden, u.a. auch bei der Polizei. Dies hat zur Folge, dass die Frauen, wenn sie Hilfe bei Polizei oder ähnlichen Institutionen suchen würden, in der Regel keine Hilfe erfahren. Häufig missbrauchen gerade auch Polizeibeamte in diesen Ländern ihren Status, um die Frauen weiter zu demütigen oder zu misshandeln bzw. sogar sexuell zu belästigen bis hin zu Vergewaltigungen.

Leider haben Frauen auch hier in Deutschland manchmal ungute Erfahrungen anderer Art mit der Polizei gemacht, häufiger mit der Streife, die bei den Einsätzen vor allem nachts bzw. am Wochenende gerufen wurde. Die berichteten Probleme mit den Beamten oder Beamtinnen dabei waren vor allem, nicht ernst genommen zu werden, nicht verstanden zu werden aufgrund der Sprachschwierigkeiten, nicht für glaubwürdig gehalten zu werden, da der Mann seine Geschichte besser „verkaufen“ konnte. In manchen Fällen gelang es dem Mann sogar die Glaubwürdigkeit der betroffenen Frau nach außen völlig in Frage zu stellen. Dies umso mehr, wenn der Partner selbst deutscher Herkunft war und einen höheren akademischen Abschluss besaß bzw. eine höhere Stellung in der Gesellschaft innehatte, und so auch nicht nur viel wortgewandter auftreten konnte sondern sich auch noch besser mit den Gepflogenheiten hier auskannte.

Manchmal hält Frauen die Sorge, dass sie mit dieser Gewaltgeschichte unangenehm auffallen könnten, vom Gang zur Polizei ab.

Häufig trauen sich Frauen nicht von der erlittenen Gewalt zu erzählen, weil sie sich schämen und es in ihrem kulturellen Hintergrund verankert ist, dass Frau unter allen Umständen in der Familie zu bleiben hat und Probleme nicht nach außen weitergegeben werden dürfen, erst recht nicht an eine Institution. Liegt im Herkunftsland eine hohe Akzeptanz von körperlicher und sexualisierter Gewalt an Frauen vor und zwar gerade durch den eigenen Partner, haben manche Frauen das Gefühl noch gar nicht entwickeln dürfen, wert genug zu sein die Gewalt anzuzeigen. Viele der Frauen empfinden Scham und fühlen sich mitschuldig an den Gewaltausbrüchen des Mannes. Letzteres wird ihnen nicht nur vom Mann selbst und manchmal von der eigenen Herkunftsfamilie immer wieder vermittelt, sondern ist auch leider immer noch eine nicht selten vorkommende Haltung bei manchen Personen von Institutionen im Helfernetzwerk.

Hinzu kommt, dass in Folge der zunehmenden Konflikte in den Herkunftsländern und der damit verbundenen erlittenen Gewalterfahrungen bei Männern wie bei Frauen, manche der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen den Partner als Opfer und als Täter erleben. Wissend um die vorliegende Traumatisierung des Mannes z.B. über Krieg, Flucht, Folter etc. entschuldigen viele Frauen die Ausraster des Mannes. Sie möchten ihm nicht noch mehr Schwierigkeiten bereiten, z.B. durch eine Anzeige.

Ein anderer sehr schwerwiegender Aspekt betrifft die ökonomische Seite. Viele Frauen sind finanziell sehr stark bis ganz vom Mann abhängig und haben Angst, dass sie bei einer Anzeige und eventuellen Trennung nicht für sich und ihre Kinder finanziell sorgen könnten. Tatsächlich laufen manche Unterstützungsleistungen von staatlicher Seite oft erst nach Wochen/Monaten und mit vielen Hindernissen behaftet an.

Nicht zu vergessen ist auch der Umstand, dass manche Frauen so stark durch den Partner und dessen Familie kontrolliert werden, dass schon der Gang zu überhaupt irgendeiner Hilfestelle geschweige denn der Gang zur Polizei zu einem schier unüberwindlichen Hindernis wird. Die Kontrolle ist umso größer, je mehr die Frau von ihrem Partner finanziell abhängig ist, insbesondere wenn sie überhaupt nicht erwerbstätig ist, keine Arbeitserlaubnis besitzt, sich sprachlich nicht verständigen kann, keine oder kaum Außenkontakte hat oder ihre Aufenthaltserlaubnis gefährdet sein könnte.

Ein häufiger Grund in einer länger andauernden zerstörerischen Beziehung auszuharren und nicht zur Polizei zu gehen besteht für einige Frauen darin, dass sie vom Ehemann erpresst werden. Dieser weiß genau, dass sie aufgrund ihres Aufenthaltsstatus keine Chance haben in Deutschland bleiben zu dürfen, falls sie anzeigen und sich trennen würden. In manchen Fällen droht der Mann damit sich zu trennen, falls die Frau es wagen würde anzuzeigen. Hier greift auch die nach herrschendem Gesetz geltende Härtefallregelung häufig nicht. Oft wissen auch die betreffenden Männer genau, welche Art von Gewalt und wie sie Gewalt anwenden müssen, um keine Beweise bzw. Spuren zu hinterlassen.

Die Erpressungen durch den Partner (z.B. droht er, ihr die Kinder wegzunehmen, falls sie zu Polizei gehen würde) wirken umso nachhaltiger, je weniger die Frau nicht über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid weiß, um sich dagegen zu verwehren.

Frauen in Gewaltbeziehungen wissen, dass sie ein höheres Risiko haben und stärker gefährdet sind, noch mehr körperliche Gewalt zu erfahren, falls sie sich trennen wollen oder sich wehren. Sie befürchten, leider oft zu recht, dass sich ihre Lage verschlimmern könnte, wenn sie sich Hilfe holen oder wagen anzuzeigen. Kontakt- und Näherungsverbote, Verwarnungen, Gefährderansprache und Anzeigen greifen leider oft nicht genug, da der Täter selten wirklich ernste Sanktionen oder gerichtliche Strafen zu fürchten hat. Manchen Tätern

ist eine gerichtliche Strafe auch tatsächlich egal, sie wissen um den langsamen Apparat bei Gericht oder schaffen es sogar, sich den Konsequenzen ganz zu entziehen.

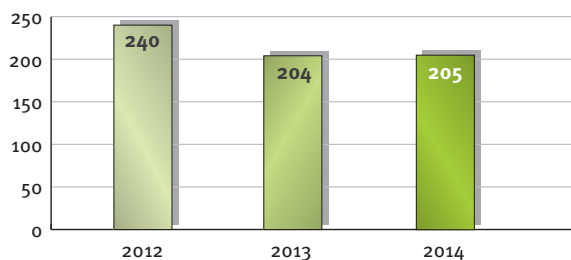
Erschwerend kommt hinzu, dass manche Frauen nicht nur durch den Partner bedroht sind, sondern auch durch die eigene Familie, da sie nach deren Auffassung Schande über die Familie bringen, wenn sie sich trennen. Die Rache oder Bestrafung kann z.B. von Schlägen, von Verbrühen, mit Säure überschütten, Vergewaltigen, Bedrohung für Leib und Leben der Frau durch einen Familienangehörigen gehen.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich trotz allem viele Frauen mit Migrationshintergrund trauen, Hilfe und polizeiliche Unterstützung zu suchen, und wenn notwendig, Gewalttaten anzeigen. Präventive und /oder begleitende Beratung durch uns sehen wir als wichtigen Teil in der Beratungsarbeit, um den betroffenen Frauen Ängste zu nehmen, ihnen Schritte zu Institutionen zu erleichtern und Wege aus der Gewalt aufzuzeigen.

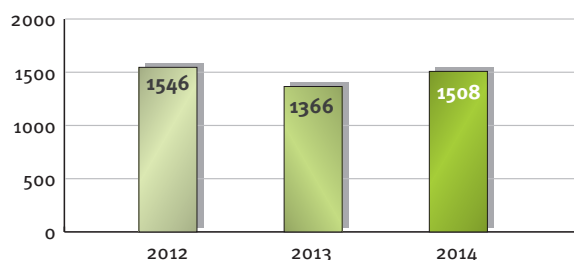
Statistik 2014

Im Jahr 2014 gab es in der Beratungsstelle 205 Fälle zu bearbeiten, damit ist die Fallzahl im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben. 20% der Fälle kamen über Institutionen zu uns, 32,1% kannten den Notruf, 37,1% erfuhren über das Internet von unserer Beratungsstelle. 7,8% wurden vom Bekannten- oder Familienkreis an uns empfohlen.

Anzahl der Fälle im Jahresvergleich

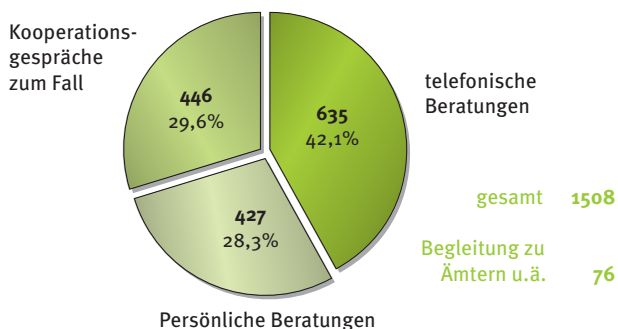


Anzahl der Beratungen im Jahresvergleich



Art der Beratungen

Im Jahr 2014 stieg bei gleichbleibender Fallzahl die Anzahl der Beratungen um 142. Ebenso zeigte sich ein auffälliger Anstieg bei den Begleitungen der Klientinnen zu den verschiedenen Ämtern oder Institutionen, dieser ist im Zusammenhang mit den zunehmenden Problemen und Anforderungen bezüglich diverser Antragstellungen zu sehen.

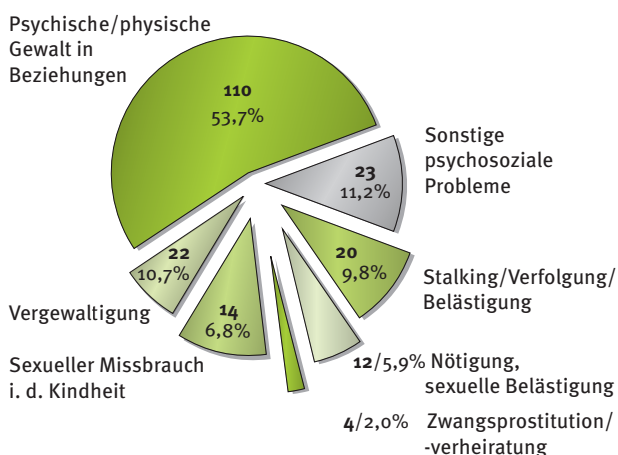


Themen der Beratung

Die **häusliche Gewalt**, dazu zählen wir die Gewalt seitens der Partners/Ehemannes, des Expartners/Exehemannes oder eines Familienmitglieds, ist leicht zurückgegangen, bleibt aber weiterhin der dominante Themenbereich unserer Arbeit mit 53,7%. Zugenommen haben die Themen Vergewaltigung und Stalking.

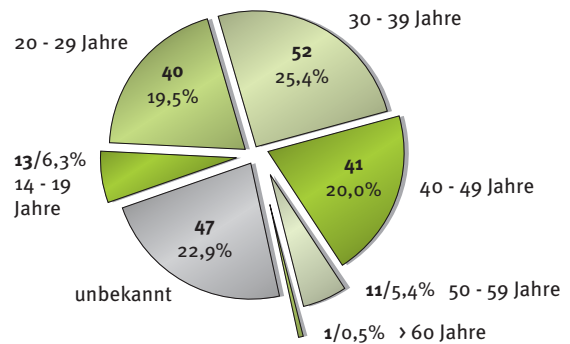
Zeitnahe Meldung: Bei 58,2% der Klientinnen lag der Vorfall maximal eine Woche zurück, bevor sie sich bei uns meldeten, beim Tatzeitpunkt bis vor einem Monat sind dies 71,5%, das bedeutet, dass sich der größte Teil der Klientinnen sehr zeitnah bei uns meldet.

Tatort: 47,4% der Taten fanden in der gemeinsamen Wohnung statt, 17,5% in der Wohnung des Opfers und 5,8% in der des Täters, der Tatort Wohnung führt damit mit 70,7% die Spitze an.



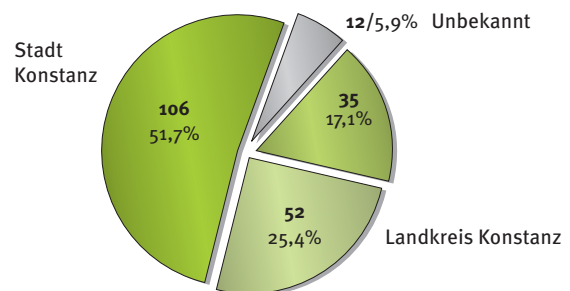
Altersstruktur

Der Hauptanteil der Frauen liegt altersbezogen zwischen 20 und 49 Jahren mit 64,9%. Ab dem Alter von 50 Jahren fällt der Anteil auf 5,4%, von den Frauen über 60 Jahre meldeten sich anteilmäßig nur noch 0,5%. Da davon auszugehen ist, dass auch in dieser Altersstufe viele Frauen Gewalt erfahren bzw. früher erfahren haben, scheint gerade für diese Frauen noch immer der Zugang zu Hilfe erschwert zu sein.



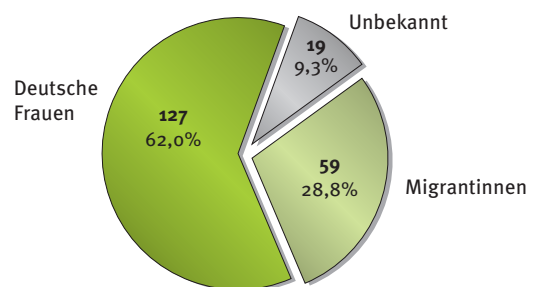
Wohnsitz

79,1% der Frauen meldeten sich aus Stadt und Landkreis Konstanz. 17,1% kamen von außerhalb des Landkreises bzw. Bundeslandes. Dies schreiben wir vor allem unserer gut verlinkten Webseite zu, was uns bei Rückfragen auch immer wieder bestätigt wird.



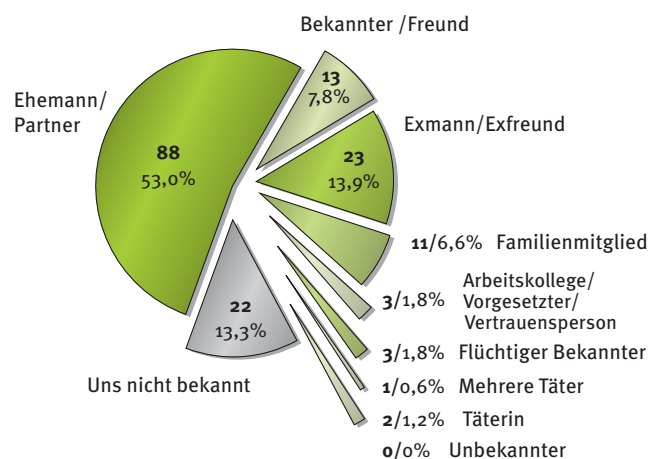
Nationalität

28,8% der Klientinnen wiesen einen Migrationshintergrund auf, 62% der Frauen hatten die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Werte sind im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert.



Täter

Die Zahl der Täter, die in einem partnerschaftlichen, freundschaftlichen oder familiären Verhältnis zu den betroffenen Frauen stehen oder standen, bleibt mit 83,1% gleichbleibend hoch. Auch 2014 gab es in der Beratungsstelle keinen Fall, bei dem der Täter der Frau unbekannt gewesen ist.



Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen

Unter der Federführung der Sozialministerin Baden-Württembergs Karin Altpeter wurde in einem zweijährigen Prozess ein Landesaktionsplan Gewalt gegen Frauen erarbeitet und am 24. 11. 2014 der Öffentlichkeit vorgestellt. Bei der Erarbeitung waren u.a. auch Vertreterinnen der autonomen Frauenhäuser, der LAG der Frauennotrufe Baden-Württembergs, des Landesnetzwerks Frauenberatungsstellen, der LAG feministischer Beratungsstellen sowie des Netzwerkes der Interventionsprojekte vertreten. Ende des Jahres wurde der Landesaktionsplan vom Kabinett bewilligt.

Für den Mai 2015 ist – ein Schwerpunkt des Aktionsplans – die Einrichtung einer Landeskoordinierungsstelle geplant, die die Interventionsketten zwischen Polizei, Unterstützungs- und Gesundheitssystem, Rechtsmedizin, Familiengerichten, Jugendhilfe, Staatsanwaltschaft, Opferhilfe und Täterarbeit unterstützen soll. Zur Aufgabe der Koordinierungsstelle gehört auch die Erarbeitung spezieller Schutzkonzepte für Frauen in besonders prekären Lebenslagen wie z.B. Behinderung, Suchterkrankungen.

Die Forderungen der Frauenberatungsstellen, Notrufe und Frauenhäuser beziehen sich zuallererst auf eine landesweit flächendeckende Versorgung mit Beratungsstellen bei häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie mit Frauenhäusern – auch im ländlichen Raum.

Beratungsstellen müssen mit ausreichend Personalstellen ausgestattet sein, dadurch können häufig stationäre Unterbringungen verhindert oder verkürzt werden. Auch die Prävention und Öffentlichkeitsarbeit müssen ausreichend finanziert werden, um die Hilfsmöglichkeiten auf breiter Ebene bekannt zu machen.

Für die Umsetzung des Landesaktionsplans stehen in den beiden kommenden Jahren ca. 3,6 Millionen Euro zur Verfügung, die insbesondere in die Unterstützung von Frauenhäusern und in die Arbeit einer Koordinierungsstelle fließen werden. Die aktuelle Haushaltssituation lässt jedoch befürchten, dass für die Umsetzung der dringend erforderlichen Maßnahmen im ambulanten Bereich sowie in der Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit keine bzw. nicht genügend Finanzmittel bereitgestellt werden können.

Termine

- **Juli 2015: Jahresmitgliederversammlung ist am Dienstag, 14. 07. 2015 um 19.00 Uhr in den neuen Räumen der Beratungsstelle Austraße 89 in Konstanz.**
- **November 2015: Anlässlich des Internationalen Tages „Keine Gewalt an Frauen und Mädchen“ am 25. 11. 2015 findet im Rahmen unserer Bäckertütenaktion am Samstag, 21. 11. 2015 ein Aktionstag in der Innenstadt Konstanz statt u.a. mit der Schirmherrin Sandra Gräfin Bernadotte.**



**frauen helfen
frauen in not e.v.**

Austraße 89
D-78467 Konstanz
beratung@gewaltgegenfrauen.de
www.gewaltgegenfrauen.de

T 07531/67 999
F 07531/69 35 79

Telefonische Sprechzeiten
Mo - Do 9 - 12 Uhr
Mi 16 - 18 Uhr
Termine nach Vereinbarung

Spendenkonto · Sparkasse Bodensee
BIC: SOLADE31KNZ
IBAN: DE08 6905 0001 0000 068 759